

**Geschäftsstelle**

**Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
K-Drs. 232a**

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

---

## **Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 3.7 (Grundforderungen an Politik und Gesellschaft)**

Vorlage des Kommissionsvorsitzenden Michael Müller  
für die 31. Sitzung der Kommission am 15. Juni 2016

---

**ZWEITE LESUNG**  
BEARBEITUNGSSTAND: 10.06.2016

## 3.7 Grundanforderungen an Politik und Gesellschaft

### 3.7.1 Der Umgang mit der Veränderung der Zeitstrukturen

Entwicklungen zu deuten, Zusammenhänge zu verstehen, das Geschehen und seine Abläufe einzuordnen und Verantwortung zu übernehmen, das braucht Zeit, andernfalls sind Reflexion und Antizipation nicht möglich. Die Forderung, mehr Zeit zur Reflexion zu finden, ist auch Bestandteil aktueller Nachhaltigkeitskonzepte<sup>1</sup>. Das muss vor dem Hintergrund der weitreichenden Fernwirkungen moderner Technologien und der Beschleunigung aller Abläufe in der globalisierten und digitalisierten Welt gesehen werden. Von daher liegen in der Beschleunigung der Zeitstrukturen (insbesondere durch die Digitalisierung) nicht nur Chancen, sie sind auch eine der großen Herausforderungen in der modernen Gesellschaft. Der Sozialwissenschaftler Hartmut Rosa hat die zunächst befreiende und die Menschen befähigende Wirkung der modernen Beschleunigungsdynamik in einer Weise beschrieben, dass sie heute in ihr Gegenteil umzuschlagen droht<sup>2</sup>.

Vermeintliche Zeitgewinne können zu Lasten der Natur und Lebensbedingungen künftiger Generationen gehen, wenn sich Ungeduld, Kurzfristigkeit und einseitige Ausrichtung auf die Gegenwart verheerend auf die Zukunft auswirken<sup>3</sup>: „Der Mensch ist weder ein Irrtum der Natur, noch sorgt diese automatisch und selbstverständlich für seine Erhaltung. Der Mensch ist Teilnehmer an einem großen Spiel, dessen Ausgang für ihn offen ist. Er muss seine Fähigkeiten voll entfalten, um sich zu behaupten und nicht Spielball des Zufalls zu werden“<sup>4</sup>. Dass dies für die Permanenz eines humanen Lebens gelten muss, ist der Kern des Prinzips Verantwortung.

Deshalb findet seit einigen Jahren eine Debatte über die Diskrepanz zwischen den Natur- und den Kulturrhythmen statt, insbesondere durch die mangelnde Berücksichtigung im Großprojekt des Fortschritts. In seiner unvollendeten Form hat es „die durch Rhythmen gesteuerten zeitlichen Ordnungen des Lebendigen in die Defensive gedrängt. Technik und Ökonomie – und deren Dominanz – haben in unserer Industriegesellschaft den Takt ... an die Stelle der rhythmischen Gliederung des Werdens und Vergehens, das Aktivität und Ruhe, des Schlafens und Wachens, des Auf- und des Abbaus gesetzt“<sup>5</sup>.

Für den Sozialphilosophen Norbert Elias ist der Umgang mit Zeit Ausdruck einer menschlichen Syntheseleistung: „Zeit, so könnte man sagen, ist ein Symbol für eine Beziehung, die eine Menschengruppe, also eine Gruppe von Lebewesen mit der biologisch gegebenen Fähigkeit zur Erinnerung und zur Synthese, zwischen zwei oder mehreren Geschehensabläufen herstellt, von denen sie einen als Bezugsrahmen oder Maßstab für den oder die anderen standardisiert“. Das Umschalten auf „Zeitwohlstand“ oder - wie der Sozialethiker Jürgen Rinderspacher sagt - auf „Zeitinvestitionen“ ist eine entscheidende Voraussetzung für eine intergenerative Gerechtigkeit, auch weil dadurch die Voraussetzungen einer reflexiven Modernisierung verbessert werden. Das schließt an die Idee des qualitativen Wachstums oder eines „Wohlstands durch Vermeiden“<sup>6</sup> an. Auch die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges

<sup>1</sup> Kopfmüller, Jürgen/Volker Brandl/Juliane Jörissen/Michael Paetau/Gerhard Banse/Reinhard Coenen/Armin Grunwald (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin, S. 305ff.

<sup>2</sup> Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main

<sup>3</sup> Rinderspacher, Jürgen (1996): Zeitinvestitionen in die Umwelt. In: Jürgen Rinderspacher (Hrsg.). Zeit für die Umwelt. Berlin, S. 83

<sup>4</sup> Eigen, Manfred/Ruthild Winkler (1976): Ludus vitalis. Zürich, S. 14

<sup>5</sup> Held, Martin/Karlheinz Geißler (1995): Editorial. In: Martin Held/Karlheinz Geißler Von Rhythmen und Eigenzeiten. Stuttgart, S. 7/8

<sup>6</sup> z. B. Erhard Eppler (1975): Ende oder Wende. Stuttgart oder Michael Müller/Peter Henricke (1994). Wohlstand durch Vermeiden. Darmstadt

2 Deutschland“ im Auftrag von BUND und Misereor fordert eine Begrenzung auf ein Maß, „das  
3 die Erde als ganze verkraften kann“<sup>7</sup>.

4 Der Umgang mit Zeit ist ein zentraler Koordinator einer reflexiven Politik, die für das soziale  
5 Zusammenleben, unser Verhältnis zur Natur und künftige Lebensbedingungen unabdingbar ist.  
6 Das ist auch die Grundidee der Nachhaltigkeit, die im Kern Zeitpolitik ist. „Wir leben in einer  
7 Zeit, in der wir immer kurzfristiger handeln und immer schneller entscheiden. Wir leben unter  
8 dem Diktat der Kurzfristigkeit ... Massiv werden dadurch Kosten aller Art unseres heutigen  
9 Wohlstands auf die Zukunft verschoben“, so beschrieb der frühere UNEP-Generalsekretär  
10 Klaus Töpfer die Tatsache, dass die Folgen menschlichen Handelns zu wenig Berücksichtigung  
11 in der Gegenwart finden<sup>8</sup>. Der Vorwurf lautet, „dass sie (die Politik) eigentlich sich selbst dem  
12 Diktat der Kurzfristigkeit untergeordnet hat. Es ist besorgniserregend zu verfolgen, ... dass  
13 Politiker in Parlamenten sich mit der Alternativlosigkeit von Sachzwängen abgeben müssen“.

14 Dagegen steht die Leitidee der Nachhaltigkeit, die in politischen, wirtschaftlichen und  
15 gesellschaftlichen Entscheidungen reflexive und ganzheitliche Bewertungen fördert. Sie  
16 braucht Institutionen, die in der Lage sind, systematisch die Folgen wichtiger Entscheidungen  
17 zu bewerten. Dafür müssen politische Entscheidungen, wissenschaftliche Forschung sowie die  
18 wirtschaftliche und technische Innovationskraft in eine Richtung gelenkt werden, die im  
19 langfristigen Interesse ökonomische Innovationen, soziale Gerechtigkeit und ökologischer  
20 Verträglichkeit miteinander verbinden. Die Kommission regt dafür an, Nachhaltigkeit stärker  
21 noch als bisher institutionell zu verankern. Ein wichtige Option ist es, den parlamentarischen  
22 Beirat im Deutschen Bundestag weiter aufzuwerten und in seinen Rechten zu stärken.

23

### 24 **3.7.2 Ganzheitlicher Fortschrittsindikator**

25

26 Die Geschichte der Kernenergie ging von dem Wunsch nach einer unerschöpflichen  
27 Energiequelle aus, um die Energiefrage zu lösen, die als Grundlage für ein unbegrenztes  
28 Wirtschaftswachstum gesehen wurde. Auch hier wurde lange Zeit Quantität über Qualität  
29 gestellt. Seit einigen Jahren ist die Ausrichtung auf quantitatives Wachstum, gemessen am  
30 Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP), als Maß für Fortschritt in die Kritik geraten. Zum  
31 einen führt quantitatives Wachstum nicht unbedingt zu einem Mehr an Zufriedenheit und  
32 Lebensqualität. Zum anderen geht Wachstum trotz vielfältiger Effizienzsteigerung vielfach auf  
33 Kosten der Natur<sup>9</sup>. Das BIP ist kein Indikator für Nachhaltigkeit.

34 Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität  
35 hat deshalb einen Vorschlag gemacht, „wie die Einflussfaktoren von Lebensqualität und  
36 gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt und zu einem gemeinsamen Indikator  
37 zusammengeführt werden können“<sup>10</sup>, um „eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer  
38 Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen“. Gerade in der Energie- und Ressourcenpolitik ist dies unverzichtbar für einen Wechsel hin zur  
39 Nachhaltigkeit.  
40

41 Die Kommission sieht einen Zusammenhang zwischen der Energiewende und einem neuen  
42 Fortschritts- und Wohlstandsmodell. Die Enquete-Kommission hat einen Wohlfahrts-  
43 Indikatorenansatz entwickelt, der wichtige ökonomische, soziale und ökologische Daten  
44 miteinander verbindet und den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich macht. Damit sollen  
45 längerfristige Trends hinsichtlich von Verbesserungen oder Verschlechterungen in der  
46 lebensqualität deutlich gemacht werden. Das hätte zur Konsequenz, dass

<sup>7</sup> BUND/Misereor (Hrsg. 1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Basel, S. 206 ff

<sup>8</sup> Töpfer, Klaus (2013). Interview in: Lutz Engelke/Günther Bachmann (Hrsg.). future lab germany. Hamburg

<sup>9</sup> Jackson, Tim (2009). Prosperity without Growth. Report für SCD. New York

<sup>10</sup> Deutscher Bundestag (2011). Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Berlin, S. 231

- 2 • Wohlstand längerfristig definiert wird;
- 3 • Zusammenhänge deutlich werden und bewertet und beachtet werden können/müssen;
- 4 • Entscheidungen nicht unter einem kurzfristigen Druck getroffen werden.

5 Die Kommission regt an, den Vorschlag aufzugreifen, um in Wirtschaft und Gesellschaft das  
6 Bewusstsein für längerfristige Entwicklungen zu schärfen.

7

### 8 **3.7.3 Mehr Beteiligung für mehr Demokratie**

9

10 Die Kommission plädiert für eine nationale Entsorgungspflicht, so dass es zu einer Lagerung  
11 der in unserem Land verursachten radioaktiven Abfälle in Deutschland kommen muss. Sie ist  
12 sich bewusst, dass auch die bestmögliche Lagerung radioaktiver Abfälle mit sozialen  
13 Konflikten und politischen Auseinandersetzungen verbunden sein wird, zumal es in den letzten  
14 Jahren auch bei anderen Großprojekten, die weit weniger brisant waren, erhebliche  
15 Akzeptanzprobleme gab. Um zu einer höheren Akzeptabilität und zu mehr Transparenz über  
16 Ziele und Motive zu kommen, empfiehlt die Kommission dem Gesetzgeber, die Beteiligung  
17 der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und ihre Rechte dauerhaft zu regeln. Eine möglichst  
18 hohe Akzeptanz der Standortentscheidung setzt voraus, dass

- 19 • aus der Geschichte der Kernenergie gelernt wird;
- 20 • es vor der Standortauswahl ein transparentes Auswahlverfahren gibt;
- 21 • Politik und Gesellschaft dauerhaft Zukunftsverantwortung wahrnehmen;
- 22 • die Bürgerinnen und Bürger mehr Beteiligungsrechte bekommen,
- 23 • die Kriterien wissenschaftlich fundiert sind, ohne sie auf ein reines Expertentum zu  
24 verengen.

25

### 26 **3.7.4 Beratung über die Folgen von Technik**

27

28 Der Deutsche Bundestag beschäftigt sich seit vielen Jahren in unterschiedlicher Form mit den  
29 Herausforderungen technischer Entwicklungen. Von großer Bedeutung ist dafür das Büro für  
30 Technikfolgenabschätzung (TAB). Seine Aufgabe ist es, die Politik in wissenschaftlich-  
31 technischen Entwicklungen zu beraten und Handlungsoptionen zur Nutzung der Chancen und  
32 zur Vermeidung von Risiken aufzuzeigen. Das TAB hat bisher mehr als 160 Untersuchungen  
33 durchgeführt.

34 Auftragsgeber des TAB ist der Ausschuss für Bildung, Forschung und  
35 Technikfolgenabschätzung, der für das Arbeitsprogramm des TAB zuständig ist. Der  
36 Ausschuss entscheidet über die Anforderungen anderer Fachausschüsse zur Durchführung von  
37 Analysen sowie für die Kommunikation mit den Gremien des Deutschen Bundestages.  
38 Ähnliche Einrichtungen parlamentarischer Technikfolgenabschätzung gibt es in den vielen  
39 europäischen Staaten, zunehmend auch im internationalen Bereich. Allerdings findet die Arbeit  
40 des TAB und vergleichbarer Einrichtungen angesichts der Bedeutung der  
41 „Wissenschaftsgesellschaft“ bisher zu wenig Beachtung in Politik und Öffentlichkeit. Um zu  
42 rationalen Bewertungen zu kommen, regt die Kommission an, diese Einrichtung zu stärken<sup>11</sup>.

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu auch das Kapitel B 10 dieses Berichtes.